

EUR★PA EUR★PA EUR★PA EUR★PA  
EUR★PA EUR★PA EUR★PA

# ANTRAGSBUCH

a.o. Landesparteitag  
SPD-LV Sachsen-Anhalt  
Bernburg, 03.11.2023

# Inhaltsverzeichnis

## **E Innen, Außen- und Rechtspolitik** **1**

<b>E1</b>	<b>Stadtverband Halle</b>	
E1 Streumunion		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .		<b>1</b>
SPD-Stadtverband . . . . .		<b>3</b>
Halle		
<b>E2</b>	<b>SPD- Stadtvorstand Halle</b>	
E2 Für humane Migrationspolitik - GEAS Reform nur fair und sozialdemokratisch		
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .		<b>4</b>

## E Innen, Außen- und Rechtspolitik

### Antrag E1

#### Stadtverband Halle

#### Weiterleitung an: Bundesparteitag

#### Streumunition

1 Der Landesparteitag möge beschließen:  
2 Wir fordern daher weiterhin alle politisch  
3 Verantwortlichen, insbesondere den Bun-  
4 despräsidenten und den Bundeskanzler  
5 auf, das am 1. August 2010 in Kraft ge-  
6 tretene Internationale Übereinkommen  
7 über Streumunition zu beachten und dem  
8 Wortlaut und Sinn des Übereinkommens  
9 entsprechend aktiv zu vertreten.

10

#### 11 Begründung

12 Wir stehen ungebrochen solidarisch an der  
13 Seite der Ukraine. Wir verurteilen den rus-  
14 sischen Angriffskrieg aufs Schärfste und  
15 halten fest: Die Ukraine allein entscheidet  
16 über etwaige Friedensgespräche. Nichts-  
17 destotrotz sehen wir Teile der aktuellen  
18 deutschen Debatte als besorgniserregend.  
19 Wir erleben, wie seit Beginn des russi-  
20 schen Angriffskrieges immer wieder De-  
21 batten über die Lieferung von Waffen in  
22 Deutschland geführt wurden. Wir sehen  
23 die vergangenen Entscheidungen wie bei-  
24 spielsweise Leopard Panzer zu liefern als  
25 richtig an, um die Ukraine bei ihrem Kampf  
26 gegen den russischen Aggressor zu unter-  
27 stützen.

28 Was nun jedoch besonders im Juli diesen  
29 Jahres die Debatte prägte, war die Diskus-  
30 sion über Streumunition, die an die Ukrai-  
31 ne geliefert werden solle. Für uns steht fest,

### Empfehlung der Antragskommission

#### Annahme in geänderter Fassung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern ~~daher weiterhin~~ alle poli-  
tisch Verantwortlichen, ~~insbesondere~~  
den ~~Bundespräsidenten~~ und ~~den~~  
Bundeskanzler auf, das am 1. August  
2010 in Kraft getretene Internationale  
Übereinkommen über Streumunition zu  
beachten und dem Wortlaut und Sinn des  
Übereinkommens entsprechend aktiv zu  
vertreten.

#### Begründung:

Wir stehen ungebrochen solidarisch an der  
Seite der Ukraine. Wir verurteilen den rus-  
sischen Angriffskrieg aufs Schärfste und  
halten fest: Die Ukraine allein entscheidet  
über etwaige Friedensgespräche. Nichts-  
destotrotz sehen wir Teile der aktuellen  
deutschen Debatte als besorgniserregend.  
Wir erleben, wie seit Beginn des russi-  
schen Angriffskrieges immer wieder De-  
batten über die Lieferung von Waffen in  
Deutschland geführt wurden. Wir sehen  
die vergangenen Entscheidungen wie bei-  
spielsweise Leopard Panzer zu liefern als  
richtig an, um die Ukraine bei ihrem Kampf  
gegen den russischen Aggressor zu unter-  
stützen.

Was nun jedoch besonders im Juli diesen  
Jahres die Debatte prägte, war die Diskus-  
sion über Streumunition, die an die Ukrai-  
ne geliefert werden solle. Für uns steht fest,

32 dass die zivilen Opfer von Streumunition  
33 in keinem Verhältnis zu ihren militärischen  
34 Einsätzen und Zielen stehen.

35 Die „Cluster Munition Coalition“ zeigte in  
36 ihrem Bericht von 2022, dass die Zahl an Op-  
37 fern von Streumunition so hoch wie noch  
38 nie seit dem Monitoring ist. Die meisten  
39 Opfer seien in der Ukraine zu verzeichnen,  
40 da diese Art der Munition durch Russland  
41 genutzt wird. So wurden berichten zufolge  
42 im letzten Jahr 1.172 Menschen durch Streu-  
43 munition getötet.

44 Dabei wurde bereits 2008 ein Überein-  
45 kommen, die sogenannten „Convention on  
46 Cluster Munition (CCM)“ oder das “Oslo-  
47 Übereinkommen” getroffen und trat 2010  
48 in Kraft, nachdem eine ausreichende An-  
49 zahl von Staaten dem Übereinkommen bei-  
50 getreten ist. Für die Bundesrepublik hat der  
51 damalige Außenminister Steinmeier das  
52 Abkommen unterzeichnet.

53 Das Übereinkommen beschreibt ausführ-  
54 lich die Leiden insbesondere der Zivilbevöl-  
55 kerung durch Streumunition, die zur Äch-  
56 tung dieser Waffe führen.

57 Die Bundesrepublik hat sich in Artikel 1 der  
58 CCM verpflichtet, „unter keinen Umstän-  
59 den jemals .... Irgendjemanden zu unter-  
60 stützen, zu ermutigen oder zu veranlassen,  
61 Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Ver-  
62 tragsstaat aufgrund dieses Übereinkom-  
63 mens verboten sind.“

64 In Artikel 21 fordert das Übereinkommen al-  
65 le Vertragsstaaten auf, andere Staaten, die  
66 noch nicht Vertragspartner sind, dem Über-  
67 einkommen beizutreten. Zudem sollen die  
68 Vertragsstaaten andere Staaten nach bes-  
69 ten Kräften vom Einsatz von Streumunition  
70 abbringen.

dass die zivilen Opfer von Streumunition  
in keinem Verhältnis zu ihren militärischen  
Einsätzen und Zielen stehen.

Die „Cluster Munition Coalition“ zeigte in  
ihrem Bericht von 2022, dass die Zahl an Op-  
fern von Streumunition so hoch wie noch  
nie seit dem Monitoring ist. Die meisten  
Opfer seien in der Ukraine zu verzeichnen,  
da diese Art der Munition durch Russland  
genutzt wird. So wurden berichten zufolge  
im letzten Jahr 1.172 Menschen durch Streu-  
munition getötet.

Dabei wurde bereits 2008 ein Überein-  
kommen, die sogenannten „Convention on  
Cluster Munition (CCM)“ oder das “Oslo-  
Übereinkommen” getroffen und trat 2010  
in Kraft, nachdem eine ausreichende An-  
zahl von Staaten dem Übereinkommen bei-  
getreten ist. Für die Bundesrepublik hat der  
damalige Außenminister Steinmeier das  
Abkommen unterzeichnet.

Das Übereinkommen beschreibt ausführ-  
lich die Leiden insbesondere der Zivilbevöl-  
kerung durch Streumunition, die zur Äch-  
tung dieser Waffe führen.

Die Bundesrepublik hat sich in Artikel 1 der  
CCM verpflichtet, „unter keinen Umstän-  
den jemals .... Irgendjemanden zu unter-  
stützen, zu ermutigen oder zu veranlassen,  
Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Ver-  
tragsstaat aufgrund dieses Übereinkom-  
mens verboten sind.“

In Artikel 21 fordert das Übereinkommen al-  
le Vertragsstaaten auf, andere Staaten, die  
noch nicht Vertragspartner sind, dem Über-  
einkommen beizutreten. Zudem sollen die  
Vertragsstaaten andere Staaten nach bes-  
ten Kräften vom Einsatz von Streumunition  
abbringen.

71 Bundespräsident und Bundeskanzler sind  
72 diesen Verpflichtungen des Gesetzes nicht  
73 gefolgt.

74 Diese Forderung ist aktuell erforderlich, da  
75 im Rahmen des Angriffskrieges Russland  
76 auf die Ukraine beide Seiten Streumunition  
77 einsetzen und Bündnispartner der Bundes-  
78 republik diese Streumunition liefern. Die-  
79 se Lieferung der geächteten Streumunition  
80 durch die USA wurde weder vom Bundes-  
81 präsidenten, noch vom Bundeskanzler kriti-  
82 siert, sondern relativiert. Dies widerspricht  
83 nicht nur den Werten der SPD, sondern ver-  
84 stößt auch gegen das vom Deutschen Bun-  
85 destag beschlossene und in Deutschland  
86 am 6. Juni 2009 in Kraft getretene Gesetz.

1 **Änderungsantrag ÄE1-1**

2 **SPD-Stadtverband Halle**

3

4

5 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

6 Der a. o. SPD-Landesparteitag möge

7 beschließen:

8

9

10 **Änderung** des Antragstextes wie folgt:

11

12 Wir fordern daher weiterhin alle poli-  
13 tisch Verantwortlichen, insbesondere  
14 den Bundespräsidenten und den  
15 Bundeskanzler auf, das am 1. August  
16 2010 in Kraft getretene Internationale  
17 Übereinkommen über Streumunition zu  
18 beachten und dem Wortlaut und Sinn des  
19 Übereinkommens entsprechend aktiv zu  
20 vertreten.

21 in der Begründung: **Streichung** letzter Ab-  
22 satz

~~Bundespräsident und Bundeskanzler sind  
diesen Verpflichtungen des Gesetzes  
nicht gefolgt. Diese Forderung ist  
aktuell erforderlich, da im Rahmen des  
Angriffskrieges Russland auf die Ukraine  
beide Seiten Streumunition einsetzen und  
Bündnispartner der Bundesrepublik diese  
Streumunition liefern. Diese Lieferung  
der geächteten Streumunition durch die  
USA wurde weder vom Bundespräsidenten,  
noch vom Bundeskanzler kritisiert, sondern  
relativiert. Dies widerspricht nicht nur den  
Werten der SPD, sondern verstößt auch  
gegen das vom Deutschen Bundestag  
beschlossene und in Deutschland am 6.  
Juni 2009 in Kraft getretene Gesetz.~~

## Antrag E2

SPD- Stadtvorstand Halle

Weiterleitung an: Bundesdelegiertenkonferenz, Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion

## Empfehlung der Antragskommission

Annahme in geänderter Fassung

### Für humane Migrationspolitik - GEAS Reform nur fair und sozialdemokratisch

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 **1. Das Sterben an den EU-Außengrenzen**
- 3 **beenden**
- 4 Wir fordern: - sichere Fluchtrouten schaffen - Frontex abschaffen - Schaffung einer
- 5 EU-Rettungsmission - keine Grenzverfahren an EU-Außengrenzen - keine Lager an
- 6 EU-Außengrenzen - keine Kriminalisierung von ziviler Seenotrettung - Rechtsstaatliche
- 7 Prinzipien (wie Zugang zu Anwält:innen, faire Verfahren, Widerspruchsmöglichkeiten) wahren Geflüchtete ankommen lassen
- 8 - Bleibeperspektiven schaffen
- 9 **2. Geflüchtete ankommen lassen - Bleibeperspektiven schaffen**
- 10 Wir fordern: - echte Bleibeperspektiven
- 11 - Erleichterung von Familienzusammenführungen und die Abschaffung von
- 12 Kettenduldungen - keine Verlängerung der Überstellungsfristen - stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure - flächendeckende
- 13 Bildungs- und Integrationsangebote - ausreichende Finanzierung und Unterstützung der Kommunen in Hinsicht auf
- 14 Wohnungen und Bildungs- sowie Ausbildungsangebote - Rechtsbeistand für
- 15 Asylbewerber:innen Solidarisches Europa schaffen und verteidigen
- 16 **3. Solidarisches Europa schaffen und verteidigen**
- 17 Wir fordern: - Rechtsstandards dürfen bei

Die SPD-Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Wir fordern im Rahmen der TRILOG-Verhandlungen folgende Verbesserungen im Unterschied zur Ratsposition der EU-Innenminister:innen

1. Rechtsstandards dürfen bei den Verfahren an den Außengrenzen nicht umgangen werden. Pushbacks und gewaltsame Übergriffe von Grenzschützern gegen Geflüchtete sind illegal. Deshalb unterstützen wir das ausgeweitete Mandat zum Menschenrechtsmonitoring, wie es die S&D-Fraktion im EP-Mandat zur Screening-Verordnung durchgesetzt hat.
2. Die Asylverfahren an den Außengrenzen müssen unter Wahrung des Zugangs zu Rechtsmitteln und würdiger Unterbringung stattfinden. Es muss jederzeit freier Zugang zu rechtlichem Beistand gewährleistet sein. Wir fordern außerdem Nachbesserungen bei der Einlegung eines Widerspruchs bei ablehnender Asylentscheidung. Nach dem bisherigen Kompromiss besteht in diesem Fall keine aufschiebende Wirkung der Abschiebung.
3. Wir unterstützen die Verhand-

32 den Verfahren an den Außengrenzen nicht  
33 umgangen werden. Pushbacks und ge-  
34 waltsame Übergriffe von Grenzschützern  
35 gegen Geflüchtete sind illegal. Deshalb  
36 unterstützen wir das ausgeweitete Man-  
37 dat zum Menschenrechtsmonitoring, wie  
38 es die S&D-Fraktion im EP-Mandat zur  
39 Screening-Verordnung durchgesetzt hat. -  
40 Wir unterstützen die Verhandlungspositi-  
41 on des Europäischen Parlaments, dass die  
42 Anwendung von Grenzverfahren durch die  
43 Mitgliedsstaaten der EU freiwillig bleibt.  
44 Auch dies war ein Erfolg der S&D-Fraktion.  
45 - keine nachteiligen Kompromisse für  
46 Geflüchtete mit Diktaturen und Auto-  
47 kraten, die die Rechte von Geflüchteten  
48 beschneiden und Menschenrechte sys-  
49 tematisch ignorieren - keine Absenkung  
50 der Anforderung an sogenannte "sichere  
51 Drittstaaten" - Einstufung eines Landes  
52 als sicherer Drittstaat nach einheitlichen  
53 Kriterien von der EU-Kommission bestätigt  
54 werden müssen. - Einheitliche Kriterien,  
55 für Verbindungen zwischen möglichen si-  
56 cheren Drittstaaten und Schutzsuchenden.  
57 Keinesfalls darf lediglich die Durchreise  
58 als einziges verbindendes Element gelten.  
59 - kein Freikaufen von EU-Staaten von der  
60 Unterbringung Geflüchteter - Reformie-  
61 rung des gescheiterten Dublin-Systems in  
62 Zusammenarbeit mit Organisationen der  
63 "Geflüchteten-Hilfe" und "Selbstvertretun-  
64 gen"

65

66

#### 67 **Begründung**

68 Jährlich sterben mehrere zehntausende  
69 Menschen auf der Flucht nach Europa.  
70 Sie ertrinken - oft als Folge von illegalen

lungssposition des Europäischen  
Parlaments, dass die Anwendung von  
Grenzverfahren durch die Mitglieds-  
staaten der EU freiwillig bleibt. Auch  
dies war ein Erfolg der S&D-Fraktion.

4. Nach aktuellen Plänen sollen die An-  
forderungen an sichere Drittstaaten  
gesenkt werden. Hier muss erstens  
sichergestellt werden, dass Staaten,  
die nicht Vertragspartei der Genfer  
Flüchtlingskonvention sind, ein ver-  
gleichbar hohes Schutzniveau bieten,  
und an den gleichen Standards ge-  
messen werden, wie etwa beim Zu-  
gang zu Bildung. Zweitens kann nach  
jetzigem Stand der sichere Drittstaat  
von jedem Mitgliedsstaat selbst fest-  
gelegt werden. Stattdessen sollte die  
Einstufung eines Landes als sicherer  
Drittstaat nach einheitlichen Krite-  
rien von der EU-Kommission bestä-  
tigt werden müssen. Drittens ist noch  
nicht geregelt, welcher Grad der Ver-  
bindung zwischen dem möglichen si-  
cheren Drittstaat und den Schutzsu-  
chenden bestehen muss. Auch da-  
für braucht es einheitliche Kriterien.  
Und: Es muss ausgeschlossen sein,  
dass EU-Mitgliedstaaten Menschen  
in Länder zurückführen können, zu  
denen ihr einziges Verbindungsele-  
ment die Durchreise ist.
5. Es braucht unseren vollen Einsatz auf  
europäischer und nationaler Ebene,  
um Familien mit minderjährigen Kin-  
dern aus den Verfahren an den EU-  
Außengrenzen auszunehmen – ent-  
sprechend der vorgelegten Protokoll-  
notiz von Deutschland, Luxemburg,

71 „Pushbacks - im Mittelmeer, verhungern  
72 an der polnisch-belarussischen Grenze  
73 oder werden in libyschen Lagern zu Tode  
74 gefoltert. Diese Menschen fliehen vor  
75 Krieg, Hunger, Klimakrise und politischer  
76 oder religiöser Verfolgung. Sie hoffen auf  
77 ein lebenswertes und sicheres Leben in  
78 Europa, das in einer Vielzahl der Fälle  
79 (mit)verantwortlich für die Fluchtursachen  
80 ist. Die Ampel-Koalition hat 2021 in ihrem  
81 Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir wollen  
82 einen Neuanfang in der Migrations- und  
83 Integrationspolitik gestalten, der einem  
84 modernen Einwanderungsland gerecht  
85 wird.“ Dafür brauchen wir einen Para-  
86 digmenwechsel: „Mit einer aktiven und  
87 ordnenden Politik wollen wir Migration  
88 vorausschauend und realistisch gestalten.“  
89 Statt des beschriebenen Paradigmen-  
90 wechsel bleibt die Bundesregierung weit  
91 hinter den Erwartungen zurück. So sieht  
92 der Entwurf vor, dass Schutzsuchende in  
93 Drittstaaten abgeschoben werden kön-  
94 nen, die sie nie zuvor betreten haben.  
95 EU-Ländern wird es ermöglicht, Deals mit  
96 anderen Staaten abzuschließen und Ge-  
97 flüchtete dorthin abzuschieben, denn jeder  
98 Mitgliedstaat kann selbst entscheiden,  
99 welche Staaten als sichere Drittstaaten  
100 anerkannt werden. Das heißt, dass die  
101 Melonis und Orbans in der EU beurteilen  
102 können, welche Menschenrechte wichtig  
103 und welche zu vernachlässigen sind. Durch  
104 Grenzverfahren wird es zwangsläufig not-  
105 wendig sein, stacheldrahtbewehrte Lager  
106 an den EU-Außengrenzen zu schaffen.  
107 Die Katastrophe von Moria 2020, als das  
108 berüchtigte Lager auf der griechischen  
109 Insel Lesbos abbrannte, zeigte die inhumana-

Portugal und Irland.

6. Es gilt jetzt, gezielt und beschleunigt die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen, die Schutzsuchende unterstützen und nachhaltige Integration ermöglichen. Dazu zählen die Erleichterung von Familienzusammenführungen und die Abschaffung von Kettenduldungen. Wir brauchen die vereinbarte Initiative zur europäisch koordinierten Seenotrettung auf dem Mittelmeer.. Zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden.
7. Darüber hinaus müssen sichere Flucht- und Migrationswege ermöglicht werden, damit Schutzsuchende nicht auf dem Mittelmeer oder der Balkanroute ihr Leben riskieren müssen.
8. Städte und Kommunen sind für die europäische Flüchtlingspolitik entscheidend und müssen entsprechend einbezogen werden.

Wir setzen uns ein für:

- echte Bleibperspektiven
- keine Verlängerung der Überstellungsfristen
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure
- flächendeckende Bildungs- und Integrationsangebote
- ausreichende Finanzierung und Unterstützung der Kommunen mit Blick auf Wohnungen und Bildungs- sowie Ausbildungsangebote
- Rechtsbeistand für Asylbewerber:innen

**Begründung:**



110 nen und lebensgefährlichen Zustände in  
111 diesen Lagern. Hier jedoch nicht genug: Die  
112 Reform sieht keinen Schutz für Kinder oder  
113 vulnerable Gruppen vor. Dieser Zustand  
114 ist niemandem zuzumuten, aber insbe-  
115 sondere diese Gruppen verdienen Schutz,  
116 Möglichkeiten der freien Entfaltung und  
117 keine Haft aufgrund von Flucht. Für uns  
118 steht fest: Sozialdemokratische Migrati-  
119 onspolitik darf niemals auf Abschottung,  
120 gewaltvollen Abschiebungen und dem Leid  
121 der Geflüchteten beruhen. Als Sozialdemo-  
122 krat:innen müssen wir einer Propaganda  
123 von Hass und Intoleranz ein Europa der  
124 Solidarität, der Freiheit und der Liberali-  
125 tät entgegensetzen, das die universellen  
126 Menschenrechte schützt. Stattdessen  
127 braucht es Solidarität, sichere Fluchtwege,  
128 geordnete Verfahren unter Schutz des  
129 individuellen Grundrechts auf Asyl und  
130 gute Bleibeperspektiven.

### 131 **Das Sterben an den EU-Außengrenzen be-** 132 **enden**

133 Jährlich sterben mehrere zehntausende  
134 Menschen auf der Flucht nach Europa.  
135 Durch illegale "Pushbacks", die von Fir-  
136 men wie Frontex durchgeführt werden,  
137 ertrinken Menschen auf dem Mittelmeer,  
138 verhungern an der polnisch-belarussischen  
139 Grenze oder werden in libyschen Lagern  
140 zu Tode gefoltert, wenn sie überhaupt bis  
141 dahin kommen. Diese Menschen fliehen  
142 vor Krieg, Hunger, Klimakrise und politi-  
143 scher oder religiöser Verfolgung. Sie hoffen  
144 auf ein lebenswertes und sicheres Leben  
145 in Europa, das in einer Vielzahl der Fälle  
146 verantwortlich für die Fluchtursachen ist.  
147 Es ist unsere sozialdemokratische Pflicht  
148 und Verantwortung aus dem letzten Jahr-

Jährlich sterben mehrere zehntausende  
Menschen auf der Flucht nach Europa.  
Sie ertrinken - oft als Folge von illegalen  
„Pushbacks - im Mittelmeer, verhungern  
an der polnisch-belarussischen Grenze  
oder werden in libyschen Lagern zu Tode  
gefoltert. Diese Menschen fliehen vor  
Krieg, Hunger, Klimakrise und politischer  
oder religiöser Verfolgung. Sie hoffen auf  
ein lebenswertes und sicheres Leben in  
Europa, das in einer Vielzahl der Fälle  
(mit)verantwortlich für die Fluchtursachen  
ist. Die Ampel-Koalition hat 2021 in ihrem  
Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir wollen  
einen Neuanfang in der Migrations- und  
Integrationspolitik gestalten, der einem  
modernen Einwanderungsland gerecht  
wird. Dafür brauchen wir einen Para-  
digmenwechsel: Mit einer aktiven und  
ordnenden Politik wollen wir Migration  
vorausschauend und realistisch gestalten.“  
Diesem Anspruch müssen wir auch bei  
der Reform der GEAS gerecht werden. Wir  
brauchen Solidarität, sichere Fluchtwege,  
geordnete Verfahren unter Schutz des  
individuellen Grundrechts auf Asyl und  
gute Bleibeperspektiven. Als Sozialdemo-  
krat:innen müssen wir einer Propaganda  
von Hass und Intoleranz ein Europa der  
Solidarität, der Freiheit und der Liberali-  
tät entgegensetzen, das die universellen  
Menschenrechte schützt. Schon lange wird  
über Änderungen des Asylsystems in der  
Europäischen Union diskutiert. Besonders  
nach 2015 wurde die Spaltung innerhalb  
der EU deutlich, die Diskussionen wurden  
immer härter geführt, die Positionen der  
Mitgliedsstaaten gingen teilweise weit  
auseinander. So haben wir es zuletzt mit

149 hundert, für ein gutes und freiheitliches  
150 Leben für alle zu streiten, anstatt sie an den  
151 EU-Grenzen sterben zu lassen. Fest steht:  
152 Es braucht klare und rechtssichere Verfah-  
153 ren unter Wahrung der Menschenrechte.  
154 Am bestehenden Grundrecht auf Asyl und  
155 der individuellen Prüfung darf sich nichts  
156 ändern.

157 **Geflüchtete ankommen lassen -**  
158 **Bleibperspektiven schaffen**

159 Für gelingende Integration braucht es ei-  
160 ne starke Zivilgesellschaft und gesellschaft-  
161 liche Initiativen, sowie einen offenen Ar-  
162 beitsmarkt. Die Realität zeigt jedoch, dass  
163 an vielen Stellen Verwaltungsvorschriften,  
164 überbordende Bürokratie, behördliche Will-  
165 kür und rechte Ressentiments dieser im  
166 Weg stehen. So zeigen immer wieder Fälle  
167 von Menschen, die etliche Jahre in Deutsch-  
168 land leben und keinen oder nur sehr er-  
169 schwerten Zugang zu Bildung, Ausbildung  
170 und Beruf haben, welche Potenziale wir als  
171 Gesellschaft liegen lassen. Es werden sogar  
172 gut integrierte Menschen, direkt von der  
173 Arbeitsstelle oder der Schule im Beisein ih-  
174 rer Kolleg:innen und Mitschüler:innen ab-  
175 geholt und abgeschoben. Zudem zeigen al-  
176 le Studien, dass eine zentrale, gemeinsame  
177 Unterbringung Geflüchteter in großen Zen-  
178 tren einer gelingenden Integration im Weg  
179 steht. Gleichzeitig scheitern jedoch dezen-  
180 trale Unterbringung und gute Ausstattung  
181 von in Deutschland lebenden Geflüchteten  
182 an den finanziellen Möglichkeiten unserer  
183 Kommunen.

184 **Solidarisches Europa schaffen und verteidigen**

186 Europa liegt ein Freiheitsversprechen zu-  
187 grunde. Das Versprechen, das Leben der

Forderungen nach einer Wiedereinführung  
der Grenzkontrollen zu tun gehabt. Beim  
Treffen der EU-Innenminister:innen im  
Rat der Europäischen Union haben sich  
die Mitgliedstaaten auf eine Reform des  
Gemeinsamen Europäischen Asylsystems  
(GEAS) geeinigt. Nach jahrelanger Blockade  
ist erstmals ein Kompromiss gefunden  
worden. Für uns war dabei wichtig: Wir  
wollen das Europa der offenen Grenzen  
retten und nationale Abschottung verhin-  
dern. Dafür müssen die EU-Außengrenzen  
verlässlich kontrolliert werden. Der Soli-  
daritätsmechanismus zur Verteilung von  
Geflüchteten auf die EU-Mitgliedsstaaten  
wurde verpflichtend beschlossen. Und:  
Künftig soll über einen Teil der Schutzge-  
suche bereits an den EU-Außengrenzen  
entschieden werden. Dieses Grenzver-  
fahren wird nur auf begrenzte Gruppen  
von Menschen angewendet werden,  
die nur sehr geringe Chancen auf eine  
Anerkennung ihres Asylgesuchs haben.  
Unbegleitete Kinder und Jugendliche sind  
hiervon ausgenommen, um ihren beson-  
deren Schutzbedürfnissen Rechnung zu  
tragen. Fest steht: Es braucht klare und  
rechtssichere Verfahren unter Wahrung  
der Menschenrechte. Am bestehenden  
Grundrecht auf Asyl und der individuellen  
Prüfung darf sich nichts ändern. Noch fällt  
der Kompromiss in bestimmten Punkten  
hinter menschenrechtliche Standards  
zurück. Über die TRILOG-Verhandlungen  
hinaus sind wir aber auch als Sozialde-  
mokrat:innen im Bund, im Land und in  
den Kommunen gefordert, gelingende  
Integration zu ermöglichen. Dafür braucht  
es eine starke Zivilgesellschaft sowie ei-

188 Menschen in Sicherheit und Würde besser  
189 zu machen. Dieses Versprechen gilt für die  
190 meisten Menschen innerhalb, kaum aber  
191 für die Menschen außerhalb der europäi-  
192 schen Grenzen. Die politische Kultur und  
193 der Diskurs innerhalb sind belastet von Me-  
194 taphern wie “Flüchtlingswelle”, “Invasion”  
195 oder “unkontrollierter Migration”, während  
196 außerhalb Menschen unter unwürdigen  
197 Umständen leiden. All das beschreibt ein  
198 Europa des Hasses, der Angst und der Ab-  
199 schottung. Als Sozialdemokrat:innen ist es  
200 unsere Aufgabe, diesem Europa der Angst  
201 ein Europa der Solidarität, der Freiheit und  
202 der Liberalität entgegenzusetzen. Ein Eu-  
203 ropa, das die universellen Menschenrechte  
204 schützt und keine Deals mit Diktaturen die-  
205 ser Welt macht. Ein Europa, das Rechte wie  
206 Presse-, Versammlungs- und Meinungsfrei-  
207 heit verteidigt!

208 Über die TRILOG-Verhandlungen hinaus  
209 sind wir aber auch als Sozialdemokrat:in-  
210 nen im Bund, im Land und in den Kom-  
211 munen gefordert, gelingende Integration  
212 zu ermöglichen. Dafür braucht es eine  
213 starke Zivilgesellschaft sowie einen offe-  
214 nen Arbeitsmarkt. Am Beispiel Sachsen-  
215 Anhalts können wir festhalten: Sowohl auf  
216 Landes- als auch auf kommunaler Ebene  
217 wird im Bereich Migration und Integra-  
218 tion gegen konservative und rechtsextre-  
219 me Stimmungsmache sehr gute Arbeit un-  
220 ter teils schwierigen Bedingungen geleis-  
221 tet; oft sind Sozialdemokrat:innen dabei  
222 federführend aktiv. Es ist uns gelungen,  
223 zehntausende Geflüchtete u.a. aus Afgha-  
224 nistan, Syrien und zuletzt aus der Ukrai-  
225 ne bei uns in den Städten und Gemeinden  
226 aufzunehmen und Stück für Stück zu in-

nen offenen Arbeitsmarkt. Am Beispiel  
Sachsen-Anhalts können wir festhalten:  
Sowohl auf Landes- als auch auf kommu-  
naler Ebene wird im Bereich Migration und  
Integration gegen konservative und rechts-  
extreme Stimmungsmache sehr gute  
Arbeit und teils schwierigen Bedingungen  
geleistet; oft sind Sozialdemokrat:innen  
dabei federführend aktiv. Es ist uns ge-  
lungen, zehntausende Geflüchtete u.a.  
aus Afghanistan, Syrien und zuletzt aus  
der Ukraine bei uns in den Städten und  
Gemeinden aufzunehmen und Stück für  
Stück zu integrieren. Diesen Weg gehen  
wir unbeirrbar weiter.

227 tegrieren. Organisationen die diese Punk-  
228 te fordern/unterstützen: Ärzte ohne Gren-  
229 zen e.V. Aktionsgemeinschaft Dienst für  
230 den Frieden (AGDF) Amnesty Internatio-  
231 nal Deutschland e.V. Arbeitsgemeinschaft  
232 Migrationsrecht im Deutschen Anwaltver-  
233 ein AWO Bundesverband e.V. Balkan-  
234 brücke borderline-europe, Menschenrech-  
235 te ohne Grenzen e.V. Brot für die Welt  
236 Bundesfachverband unbegleitete minder-  
237 jährige Flüchtlinge - BumF e.V. Bundeswei-  
238 te Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL Bundes-  
239 weite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer  
240 Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer -  
241 BAfF e.V. Der Paritätische Gesamtverband  
242 Deutscher Caritasverband e.V. Diakonie  
243 Deutschland Deutscher Frauenrat e.V. EC-  
244 CHR: European Center for Constitutional  
245 and Human Rights Equal Rights Beyond  
246 Borders e.V. FORUM MENSCHENRECHTE  
247 – Netzwerk deutscher Menschenrechtsor-  
248 ganisationen GGUA Flüchtlingshilfe e.V.  
249 IPPNW e.V. - Deutsche Sektion der Interna-  
250 tionalen Ärzt\*innen für die Verhütung des  
251 Atomkriegs /Ärzt\*innen in sozialer Verant-  
252 wortung Gesellschaft für bedrohte Völker  
253 (GfbV) Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutsch-  
254 land JUMEN e.V. - Juristische Menschen-  
255 rechtsarbeit in Deutschland KOK – Bun-  
256 desweiter Koordinierungskreis gegen Men-  
257 schenhandel e.V. #LeaveNoOneBehind  
258 matteo – Kirche und Asyl e.V. medico in-  
259 ternational misereor e.V. MISSION LIFELINE  
260 International e.V. Neue Richtervereinigung  
261 Okum. Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in  
262 der Kirche e.V. pax christi - Deutsche Sekti-  
263 on e.V. Republikanischer Anwaltinnen- und  
264 Anwalteverein e.V. RESQSHIP e.V. SOS ME-  
265 DITERRANEE r42 - Sail and Rescue Sea-Eye

266 e.V. Sea-Watch Seebrucke SOS Humani-  
267 ty terre des hommes United4Rescue – Ge-  
268 meinsam retten e.V. World Vision Deutsch-  
269 land e.V  
270 <https://www.amnesty.de/sites/de->  
271 [fault/files/2023-06/Gemeinsam](https://www.amnesty.de/sites/de-fault/files/2023-06/Gemeinsam) es-  
272 Statement-Reform-Europaeisches-  
273 Asylsystem-Juni-2023.pdf